

Antragsnummer...

Antragsteller...

Koalitionsvertrag einhalten – Mittel für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) jetzt anheben!

Es ist nicht nur völlig unverhältnismäßig, sondern auch ein klarer Bruch des Koalitionsvertrages, dass die Militärausgaben im Bundeshaushalt 2019 um mehr als 4 Milliarden Euro erhöht werden sollen, während für Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und auch für andere ODA-anrechenbare Bereiche keine ausreichenden zusätzlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen. Mit dem jetzigen Haushaltsentwurf machen wir uns als SPD in der so wichtigen Debatte um das Thema Fluchtursachenbekämpfung unglaublich. Das gilt es im parlamentarischen Haushaltsverfahren zu verhindern.

... möge beschließen:

... fordert die SPD-Bundestagfraktion, die SPD-Bundesminister und SPD-Vorstand auf sicherzustellen, dass der Haushaltsentwurf 2019 und der Finanzplan 2019-2022 bis zu der Verabschiedung im Bundestag in der 47. Kalenderwoche (19. – 25.11.2018) derart verändert wird, dass 1. die sogenannte ODA-Quote nicht sinkt, sondern weiter steigt in Richtung 0,7%-Ziel und 2. über den 51. Finanzplan hinausgehende, zusätzlich zur Verfügung stehende Finanzmittel prioritär in die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit und somit in Krisenprävention, humanitäre Hilfe, Fluchtursachenbekämpfung, auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und die Entwicklung ärmerer Staaten fließen, mindestens jedoch im Verhältnis 1:1 zum Verteidigungshaushalt gemäß den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag.

Begründung:

Die SPD steht für Frieden und Abrüstung und Solidarität mit den ärmsten Menschen in Entwicklungsländern. Dies sollte sich auch im Regierungshandeln widerspiegeln, indem wir uns einsetzen mehr Geld in die friedliche Entwicklung der Welt zu investieren und weniger Geld in das Militär. Tatsächlich ist es derzeit aber genau andersherum. Während der Haushalt für Verteidigung 2019 gegenüber 2018 um 4,38 Milliarden Euro auf dann 42,9 Milliarden steigen soll, wächst der Haushalt für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit als wichtigstem ODA-Ressort um lediglich 284 Millionen Euro. Dies stellt einen Bruch des Koalitionsvertrages (S. 145) dar, der besagt:

„Im Rahmen der jährlichen Haushaltsaufstellung ab 2018 bis 2021 wird die Koalition zusätzlich entstehende Haushaltsspielräume prioritär dazu nutzen, neben den Verteidigungsausgaben zugleich die Mittel für Krisenprävention, humanitäre Hilfe, auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit ausgehend von der Grundlage des 51. Finanzplans angemessen zu erhöhen im Verhältnis von 1:1 beim Verteidigungshaushalt zu Ausgaben im Rahmen der ODA-Quote (Krisenprävention, humanitäre Hilfe, Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit).“

Gegenüber dem 51. Finanzplan von 2017 steigen die Ausgaben für Verteidigung 2019 nochmal um weitere fast 3 Milliarden Euro (insgesamt um 4,38 Milliarden Euro während im 51. Finanzplan ein Anstieg von „nur“ 1,4 Milliarden Euro vorgesehen war). Die Ausgaben gemäß der sogenannten ODA-Quote steigen dagegen bei Weitem nicht so stark, so dass von einem 1:1 Verhältnis in keinsten Weise nicht zu sprechen ist. Es ist nicht nur sehr zweifelhaft, dass wir von den zusätzlichen Finanzmitteln mehrere Milliarden in den ohnehin schon sehr hohen Verteidigungshaushalt stecken, dass wir dann nicht wenigstens auch in die Entwicklungszusammenarbeit, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, entsprechend genauso viel mehr Geld investieren, ist komplett inakzeptabel.

Die Basis der SPD hat dem Koalitionsvertrag auch zugestimmt, weil wir versprochen haben deutlich mehr Geld für Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und zivile Krisenprävention auszugeben. Nun erhöhen wir dagegen lediglich massiv den Wehretat. Dies ist auch ein Bruch der Versprechen vieler SPD-Kandidat*innen im Bundestagswahlkampf 2017.

Wir rücken in kürzester Zeit immer weiter von unseren sozialdemokratischen Werten ab. Noch 2017 hat die SPD dem 51. Finanzplan nur zugestimmt, weil eine Protokollnotiz vereinbart wurde, die besagte, dass zukünftig zur Verfügung stehende zusätzliche Mittel im Verhältnis 1:1,5 aufgeteilt werden (Beispiel: 1 Milliarde mehr für Verteidigung = 1,5 Milliarden mehr für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit). Kurz darauf ist die SPD im Koalitionsvertrag schon von diesem Schlüssel abgerückt und hat mit der Union den 51. Finanzplan uneingeschränkt zur Grundlage genommen und für darüber hinausgehende zusätzliche Finanzmittel ein Verhältnis von 1:1 vereinbart. Nun wird nicht einmal mehr dieses eingehalten.

Hinzu kommt, dass wir seit vielen Jahren immer wieder betonen, dass wir das bereits 1970 vor der UN-Vollversammlung formulierte Versprechen der Industriestaaten, mindestens 0,7 % des BNE (Bruttonationaleinkommen) für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden, so schnell wie möglich erreichen wollen. Auch im Koalitionsvertrag wurde dies vereinbart (S. 162):

„Wir werden auch unsere Ausgaben in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfe und zivile Krisenprävention deutlich erhöhen. Die Erreichung der ODA-Quote von 0,7 Prozent ist unser Ziel.“

Und weiter (S. 145):

„Deutschland wird verbindlich mit dieser Haushaltspolitik und der Koppelung von Verteidigungsausgaben und ODAquotenfähigen Ausgaben sowohl dem Zielkorridor der Vereinbarungen in der NATO folgen als auch den internationalen Verpflichtungen zur weiteren Steigerung der ODA-Quote nachkommen, deren beider Absinken bereits 2018 verhindert werden muss.“

Nach derzeitiger Finanzplanung fehlen aber 2019 nach Schätzungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) etwa 800 Mio. Euro um die ODA-Quote von

diesem Jahr zu halten. Wir brechen also mehrfach den Koalitionsvertrag weil wir ein Absinken der ODA-Quote zulassen statt zu verhindern.

In den Jahren 2020 bis 2022 wird es nach jetziger Planung noch schlimmer. Die Finanzmittel für das BMZ sollen 2020 um mehr als 600 Millionen Euro gegenüber 2018 sinken, 2021 und 2022 jeweils sogar um mehr als 700 Millionen Euro. Von einer deutlichen Erhöhung kann keine Rede sein, im Gegenteil der Haushalt sinkt. Dagegen wird für das Militär 2020 4,4 Milliarden Euro mehr gegenüber 2018 und in den Jahren 2021 und 2022 jeweils sogar 5,3 Milliarden Euro mehr ausgegeben. Während wir uns also dem von Trump zuletzt propagierten 2,0 Ziel der NATO immer weiter nähern, nehmen wir unsere Verpflichtungen für die friedliche Entwicklung der Welt nicht Ernst. Auch dies ist ein Bruch des Koalitionsvertrags, den wir verhindern müssen.